

weit über 600 Bürgermeister, die frühere Umsiedler sind. Das gleiche Bild finden wir in allen Gebieten, in allen Gemeinden und Kreisen der Deutschen Demokratischen Republik. Als Arbeiter, Angestellte, Meister, Ingenieure, Techniker sind die früheren Umsiedler in den Betrieben, in Werften und Gruben, sie sind als Mitarbeiter in den Verwaltungen tätig. Tausende von ihnen wurden als Aktivisten ausgezeichnet. Ihre Kinder besuchen gleichberechtigt unsere Oberschulen und unsere Universitäten.

Aber nun die eine Frage, die heute zu wenig angeschnitten und zu wenig zum Ausdruck gekommen ist: Was ermöglichte die schnelle Eingliederung in den Produktionsprozeß und in die Verwaltungsarbeit? Was ermöglichte die Lösung des Umsiedlerproblems bei uns? Nicht weil hier und da dieser oder jener gleich 1945 entsprechende Programme aufgestellt und Forderungen gestellt hat, sondern weil in konsequenter Durchführung der Potsdamer Beschlüsse die Konzernherren enteignet, die Kriegsverbrecher bestraft und ihre Betriebe, Werften und Gruben Eigentum des Volkes wurden! Der staatliche Verwaltungsapparat wurde von reaktionären und faschistischen Elementen gesäubert. Denken wir daran, daß nahezu 70% unserer Verwaltungsangestellten vor 1945 nicht in der Verwaltung beschäftigt waren! Das ermöglichte auch die Einbeziehung breiter Umsiedlerkreise in die Verwaltungsarbeit. Weil diese Voraussetzungen in konsequenter Durchführung der Demokratisierung dieses Teils Deutschlands geschaffen wurden, deshalb konnte Herr Staatssekretär Warnke erwähnen, daß z. B. 9000 frühere Umsiedler bei der Post, über 35 000 bei der Eisenbahn beschäftigt sind, daß über 23 000 Lehrer sind und daß fast 73 000 in den übrigen Verwaltungsstellen tätig sind, daß fast hunderttausend frühere Umsiedler als Neubauern auf eigenem Grund und Boden arbeiten, daß Zehntausende bereits in eigenen neuen Häusern wohnen oder als Mitarbeiter und Leiter auf den volkseigenen Gütern oder in den Maschinenausleihstationen arbeiten. Aber diese Selbsthaftmachung war nur möglich, weil in Durchführung der Potsdamer Beschlüsse die Grundbesitzer ohne Entschädigung enteignet wurden.

(Sehr richtig!)

Zehntausende früherer Umsiedler haben sich eine Existenz als Handwerker oder Mitglied einer Genossenschaft schaffen können. Warum? Auch deshalb, weil sie Kredite erhielten! In der Deutschen Demokratischen Republik dienen die Banken, die Kreditanstalten nicht mehr der Ausplünderung der werktätigen Menschen, sondern dem Neuaufbau einer friedlichen Wirtschaft. An 170 000 Antragsteller, frühere Umsiedler, sind bis 1949 rund 1,2 Milliarden Mark Kredite gewährt worden. Allein 23 Umsiedlergenossenschaften haben 3,3 Millionen Mark Kredite erhalten.

Die Umsiedlerfrage konnte so gelöst werden, weil die demokratischen Kräfte in gemeinsamer Arbeit in Durchführung der Potsdamer Beschlüsse diesen Teil Deutschlands demokratisierten, und auch deshalb, weil es hier keine imperialistischen Besatzungsmächte gab, die den demokratischen Kräften den Weg dazu versperrten. Denn hier gab es die Besatzungsmacht eines sozialistischen Staates, der seine besten Kräfte, seine Wissenschaftler, Agronomen, Gelehrten, Pädagogen, Staatsrechtler im Waffenrock den demokratischen deutschen Kräften bei der Lösung dieser Aufgaben für den Sieg der Demokratie Hilfe leisten ließ.

(Beifall)

Wir erinnern uns alle daran. Die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zeigten die große Sorge des Sowjetstaates um den umgesiedelten Menschen. Ich erinnere z. B. an den Befehl 304 vom 15. Oktober 1946. Allein durch diesen Befehl wurden an nahezu 2 Millionen Umsiedler eine halbe Milliarde Mark auf einmal ausgezahlt. Ich erinnere an den Befehl 140, der durch die Anordnung zur Umschulung von Arbeitskräften gleich zu Beginn der Aufbauperiode die Ursache dafür ist, daß

heute Zehntausende von Umsiedlern in erlernten Berufen einen gutbezahlten Arbeitsplatz besitzen. Ich erinnere an den Befehl 209, an den Befehl für das Neubauernprogramm, der allen bekannt sein dürfte. Und gerade bei diesen selbsthaft gewordenen Umsiedlern stoßen wir deshalb auf Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber der Tätigkeit der früheren sowjetischen Verwaltungsbehörde.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß heute weniger Klagen und Beschwerden aus den Kreisen der Umsiedler da wären, wenn die Leiter und Mitarbeiter der staatlichen und wirtschaftlichen Organe diese Jahre politischer Erziehungs- und Schulungsarbeit besser genutzt hätten, um zu lernen, wie man sich um Menschen sorgen und bemühen muß.

(Sehr richtig!)

Dabei haben wir ein leuchtendes Beispiel: unseren geliebten Präsidenten Wilhelm Pieck, dessen Wirken gerade um die umgesiedelten Menschen für jeden von uns vorbildlich ist.

(Beifall)

Gewiß, heute nach fünf Jahren demokratischen Aufbaus können wir sagen, daß der Prozeß der Einbürgerung, der Selbsthaftmachung, der Assimilierung soweit fortgeschritten ist, daß sich breite Kreise früherer Umsiedler in ihrer Lebenshaltung kaum noch von den entsprechenden Schichten der Altbevölkerung unterscheiden. Aber — wir haben das ja in den Reden der Vorredner gehört — es gibt immer noch Umsiedler, die in Baracken wohnen, Umsiedlerbauern ohne Wohnung, Umsiedlerkinder ohne Lehrstellen, Umsiedlerfrauen ohne Arbeitsplatz und Umsiedlerfacharbeiter, die nicht am richtigen Arbeitsplatz eingesetzt sind. Immer noch gibt es Umsiedler, die keine eigenen Möbel haben. Wir haben dafür heute genügend Beispiele anführen hören. Oft sind die Ursachen für diese noch nicht überwundenen restlichen Mißstände in dem bürokratischen Verhalten mancher Verwaltungsangestellten zu suchen. Ich glaube, es genügt nicht, nur von oben Anweisungen zu geben, man solle das beachten, oder von dieser Stelle aus zu betonen: jetzt wird es vielleicht genügen, hier Besserung zu schaffen. Ich glaube, daß die werktätige Bevölkerung in den Gemeinden selbst mehr Gebrauch vom Recht der Kontrolle und Mitarbeit an der Verwaltungsarbeit machen muß.

(Sehr richtig!)

Die Berichterstattungen der Gemeindeverwaltungen haben sich dabei schon als wertvolle Hebel zur Beseitigung mancher Bürokraten erwiesen. Ich glaube, daß dieser Kampf gegen das oft noch vorhandene bürokratische Unverständnis mancher Mitarbeiter in der Verwaltung, mancher Bürgermeister, mancher Leiter von Wohnungsämtern mit aller Schärfe weitergeführt werden muß. In der Sorge um die Umsiedler müssen sich die Sorge und der Kampf um die Erhaltung des Friedens ausdrücken.

Aber heute können wir schon mehr geben, wir können mehr an materiellen Verbesserungen geben, weil wir dazu die Voraussetzungen geschaffen haben. Deshalb heißt es in der Präambel zu diesem Gesetz:

Die wirtschaftliche Erstarkung der Deutschen Demokratischen Republik, an deren Schaffung die Umsiedler durch Festigung des demokratischen Aufbaus und durch die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne mitgewirkt haben, ermöglicht die Durchführung von Maßnahmen, die die Lage der Umsiedler in der neuen Heimat weiter festigen und sichern werden.

Zu diesen Maßnahmen ist heute bereits ausführlich gesprochen worden. Diese Maßnahmen sind die Fortsetzung unserer bisherigen Umsiedlerpolitik, die durch die Eingliederung der Umsiedler in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben diese Bürger der Deutschen demokratischen Republik zu Kämpfern für den